

Jochen Thies

Die Gesellschaft und das Lebensrisiko des Soldaten

Für die deutsche Gesellschaft gehört die Überwindung des lange prägenden Militarismus zum kollektiven Selbstverständnis. Wenn aber auch für die Bundeswehr Auslandseinsätze wieder auf der Tagesordnung stehen, muss die Gesellschaft ihr Verhältnis zur Armee überdenken. Mehr Anerkennung für die Verdienste der Soldaten wäre allemal angebracht. Wir führen die Debatte in der kommenden Ausgabe mit einem Beitrag der Militärsoziologin Anja Seiffert fort.

Im allgemeinen Sprachgebrauch hat sich in den letzten zwanzig Jahren der Begriff der Zivilgesellschaft eingebürgert. Er markiert auf seine Weise das Ende des Kalten Krieges, verbunden mit der Hoffnung, dass damit auch ein Zeitalter ohne Kriege und größere Konflikte anbrechen könne. Gleichzeitig stellt der Begriff eine Absage und Distanzierung zu den Gesellschaften des 20. Jahrhunderts dar, die sich im Zuge der beiden Weltkriege militarisierten oder die von diktatorischen Führungen zur Militarisierung gezwungen wurden, um die vorhandenen Ressourcen der Nation in umfassender Art und Weise ausbeuten zu können.

Die Illusion einer zivilen Gesellschaft

Die Euphorie über das Ende der nuklearen Bedrohung währte bekanntlich nicht lange. Sie dauerte im Grunde genommen nur einige Monate, bis der Krieg zu Beginn der 90er Jahre auf eine archaische, für überwunden gehaltene Art und Weise nach Europa zurückkehrte und sich auf dem Balkan die Vorgänge der Jahre 1945-1948 wiederholten. Am Begriff der Zivilgesellschaft wurde jedoch weiter festgehalten und der Raum, auf den er sich erstrecken sollte, wurde sogar noch ausgeweitet: auf alle Kri-



Jochen Thies

(* 1944) ist Sonderkorrespondent beim Deutschlandradio Kultur in Berlin.

jochen.thies@dradio.de

sengebiete der Welt, die sich in bürgerkriegsähnlichen Zuständen oder krisenhaften Situationen befanden und mit den vereinten Kräften der Staatengemeinschaft auf einen Weg gebracht werden sollten, der rasche Konsolidierung der Lage versprach, danach ökonomischen Aufschwung, eine Art von Wirtschaftswunder sowie das baldige Vergessen der Schrecken der Vergangenheit.

Alles dies war gut gemeint und nach den Jahrzehnten der Vielzahl von Stellvertreterkriegen in Zeiten des atomaren Patts zwischen West und Ost nur zu verständlich. Aber es wurde dabei etwas Entscheidendes übersehen. In keiner westlichen Demokratie, nicht einmal in den Staaten, die sich wie Schweden einer Jahrhunderte langen Neutralität und Abwesenheit von Kriegen erfreuten, gab es eine Zivilgesellschaft im strengen Wortsinn. Überall wurden Polizei und Militär weiterhin als Versicherungspolice benötigt. Davon war auch das wie-

dervereinigte Deutschland nicht ausgenommen. Hier wuchs die Stärke des Militärs durch den Zusammenschluss von Bundeswehr und NVA sogar vorübergehend auf eine Dreiviertelmillion Soldaten an. Wenn man die für das Militär tätigen Zivilisten sowie die Familienangehörigen hinzurechnete, war sicherlich ein Kreis von mehreren Millionen Bürgern betroffen. Zwar wurden die deutschen Streitkräfte danach sehr rasch reduziert und auf eine heutige Stärke von etwa 250.000 Soldaten gebracht. Aber der freigesetzte Personenkreis gehörte nur bedingt der Zivilgesellschaft an. In Wahrheit hatten viele Menschen ihren Lebensinhalt verloren. Und verdrängt wurde auch, dass über 10 Millionen DDR-Bürger viel Zeit benötigen würden, um sich von einem militarisierten und total kontrollierten Lebensverlauf zu befreien. Vermutlich wird sich dieser Vorgang sogar über zwei Generationen hinweg erstrecken.

Eine weitere große Veränderung kam hinzu. Die Auslandseinsätze der Bundeswehr im Rahmen der UN, von NATO und neuerdings der EU, die ebenfalls zu Beginn der 90er Jahre begannen, veränderten über Nacht die Lage des Soldaten und seiner Familienangehörigen. Hatte das Risiko bis dahin im Großen und Ganzen darin bestanden, bei einem Manöverunfall oder bei der Fahrt ins Wochenende verletzt oder getötet zu werden, so war es bei Auslandseinsätzen plötzlich real.

Fehlendes Interesse

Aber die Bevölkerung, die Zivilgesellschaft, reagierte nicht auf die Veränderung. Sie registrierte zwar, wenn ein Soldat sein enges persönliches Umfeld wegen eines Auslandseinsatzes verließ, und nahm ihn lediglich zur Kenntnis, wenn er zurückkam. Jedenfalls war und ist dies die Situation in der Bundesrepublik.

Auch die Medien, die sonst beinahe jeden Ort des gesellschaftlichen Lebens aus-

leuchten, trugen und tragen zu diesem Umstand bei. Eine fortlaufende Berichterstattung zu den Auslandseinsätzen, eine optische und emotionale Brücke zu den Soldaten existiert nicht. Film und TV sehen darin kein Thema. Lieber wird die *Schwarzwaldklinik* in die Karibik verlegt. Die privaten Fernsehsender bringen interessanterweise zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr mehr Beiträge als die öffentlich-rechtlichen. Berichtet wird in aller Regel nur, wenn ein Spitzenpolitiker die fern der Heimat Lebenden für ein paar Stunden besucht und – im Jargon der Soldaten – die »monkey-show« abläuft oder, wie man früher gesagt hätte, zu diesem Zweck ein Potemkinsches Dorf errichtet wird. Berichtet wird ferner, wenn Soldaten, in aller Regel junge Männer in der Phase des Erwachsenwerdens, etwas tun, was früher als ein Streich dummer Jungen behandelt worden wäre, allenfalls einen kleinen Arrest nach sich gezogen hätte, wie das Herumhantieren und Fotografieren mit Totenschädeln in Afghanistan. Die darüber ausgebrochene Hysterie in Deutschland hat die Soldaten eines gelehrt: Sie können, wenn es Pannen oder wirklich ernste Vorkommnisse gibt, nicht mit dem Schutz ihrer Vorgesetzten und der deutschen Politiker rechnen. Sie sind dann das erste Bauernopfer.

Dabei sind zu jedem Zeitpunkt in Deutschland hunderttausende Menschen von Risiken für Leib und Leben betroffen: zunächst die im Ausland befindlichen Soldaten, in der Regel knapp 10.000 Frauen und Männer und ihre Familienangehörigen, Ehefrauen, Verlobten und Freundinnen, Kinder und Eltern; dann aber auch die Kontingente, die gerade nach Hause zurückgekehrt sind und sich in das Leben der Republik wieder eingliedern müssen, sowie jene Einheiten, die sich in Deutschland auf den Auslandseinsatz vorbereiten.

Besuch bei einer Luftlandebrigade in Norddeutschland, die sich für den Einsatz in Afghanistan rüstet. Die Soldaten sind mit der Ausrüstung zufrieden, die ihnen

zur Verfügung steht. Sie wirken ruhig und gefasst und sind stolz darauf, zu einem Eliteverband zu gehören. Der Kommandeur, ein jugendlich wirkender Endvierziger, lässt es sich nicht nehmen, bei Manövern als einer der ersten zu springen. Als die Soldaten am Tag der offenen Tür ihr Können zeigen, sind nur wenige Besucher zugegen, in erster Linie Familienangehörige, alte Männer, offensichtlich Kriegsteilnehmer, einige Kommunalpolitiker, aber praktisch kein Zivilist aus der Altersgruppe zwischen 30 und 60 Jahren und das in einer Stammgegend der CDU.

Visite bei einem französischen Fallschirmjägerregiment am Rand der Pyrenäen. Die Einheit liegt im Zentrum der Stadt, in der einer der Helden des Ersten Weltkriegs auf die Welt kam, dessen großes Reiterdenkmal diesen Teil des Ortes dominiert. Man trifft auf einen selbstbewussten Kommandeur und einen Stab, der sich des Stellenwerts der Einheit, des Prestiges vor Ort wie auch bei weltweiten Einsätzen bewusst ist. Stolz zeigt der Kommandeur dem Besucher einen Raum im Stabsgebäude, der die Geschichte der Einheit während der letzten 300 Jahre beschreibt. Das Regiment hat wenige Monate zuvor einen Soldaten in Afghanistan verloren.

In besonderer Erinnerung bleibt eine Ärztin, Kind einer Deutschen aus Koblenz und eines algerischen Vaters, die bei Einsätzen zusammen mit den Soldaten abspringt. Sie hat viel gesehen, worüber sie wenig spricht. Und sie weiß, dass die Soldaten in kritischer Lage ihre Nähe schätzen. Sie hätten dann weniger Angst, sagt die Medizinerin. Die Einsatzdichte der französischen Fallschirmjäger ist höher als bei der Bundeswehr. Man spürt, dass das Regiment vom Land, speziell von der Region getragen wird, einer Gegend, in der die Sozialisten politisch den Ton angeben. Wenn hier ein Tag der offenen Tür stattfindet, kommt die halbe Stadt.

Jene Szene dürfte sich hunderttausende von Malen seit Beginn der 90er Jahre in

Deutschland abgespielt haben: das Klingeln des heimkehrenden Soldaten an der Tür, das Erscheinen der Ehefrau, der Kinder oder der Mutter und Tränen der Erleichterung, eine momentane Erschütterung darüber, dass die vier Monate in der Ferne – die Regelzeit für den Auslandseinsatz – ein glückliches Ende genommen haben.

Fehlende Anerkennung

Die deutsche Zivilgesellschaft will davon nichts wissen. Sie beteiligt sich nicht an den Diskussionen, bei denen es um die Errichtung eines Denkmals für die ums Leben gekommenen Soldaten geht, obwohl die Zahlen nun steigen. Stattdessen überlässt sie die Initiative einem Verteidigungsminister, der beinahe im Alleingang das Thema »durchzieht« und – weil es zu den Tabuthemen der Republik gehört – das Denkmal am liebsten innerhalb eines scharf bewachten Kasernengeländes platzieren möchte.

Ein solches Monument gehört jedoch in die Mitte der Hauptstadt eines demokratischen Landes westlich-liberaler Prägung. Die Bevölkerung muss es aushalten können, muss das Thema an sich heranlassen. Die Soldaten und ihre Angehörigen haben darauf einen Anspruch. Ebenfalls ohne Debatte soll nun ein Tapferkeitsorden für die Soldaten eingeführt werden. Er soll jedoch nicht an das Eiserne Kreuz erinnern.

Infolge der Nazizeit fehlt vielen Deutschen ein Gefühl für die Bedeutung von Symbolen. Soldaten und ihre Angehörigen haben ein anderes Verhältnis dazu. Der Dienst des Soldaten, beginnend bei den Rangabzeichen, ist übervoll an Symbolen. Sie werden auch für den Fall benötigt, dass etwas passiert, dass der Soldat im Sarg heimkommt. Eine zivile Gesellschaft muss dies respektieren. Sie muss sich zu jedem Zeitpunkt darüber im Klaren sein, dass sie nur ihren Lebensentwurf leben kann, wenn es den Soldaten gibt, dessen Risiko sie nicht teilen möchte und teilen kann.